



6. Tagung vom 12. bis 14. Dezember 2012

Parlamentszeitung für Schleswig-Holstein

Sternsinger segnen das Landeshaus

„Durch euch wird die Welt ein bisschen besser“



- **Europa: Schleswig-Holstein will sich mehr Gehör verschaffen**
- **HSH Nordbank: Der Druck auf den Landeshaushalt wächst**

"plenum-online" feiert sein 10-jähriges Jubiläum

Berichte und Hintergründe zu den Plenarthesen der 6. Tagung im Dezember 2012 (18. Wahlperiode) sowie Aktuelles aus dem Landeshaus - Redaktionsschluss: 11. Januar 2013 -

Landtagswahl / Tierschutz

- Neue Diskussion um Fünf-Prozent-Hürde
- Tierschutz in der Verfassung: Wird jetzt auch das Verbandsklagerecht festgeschrieben?

3

Regional-Leitstellen / Provinzial

- Geburtswehen noch nicht gänzlich behoben
- Aufatmen im Landtag: Sparkassen stoppen Verkauf

4

Gesundheit

- Schleswig-Holstein will Pflegekammer einrichten
- Diabetes-Register / • Chronisch kranke Kinder

5

HSH Nordbank / LRH / Beamtenbesoldung

- Das Land ist bereit zur Garantie-Erhöhung
- Debatten um • Rederecht und • Lohnanhebung

6

Europa- und Ostseepolitik / Tourismus

- Schleswig-Holstein will neue Akzente setzen
- "Trendige" Touristen rücken in den Fokus

7**u.****8**

Hochschulen / Fracking

- Landtag gibt Millionenprogramm frei
- Nein zum umstrittenen Erdgas-Förderverfahren

9

Schulpolitik

- Weiter Streit um • Lehrerausbildung und • G8/G9

10

Landesmuseen / Themen ohne Aussprache

- Stiftung braucht höhere Zuschüsse

11**u.****12**

Aus den Ausschüssen und Gremien

- u. a.: Anhörung zum Thema Unterrichtsausfall

13

Meldungen / Buchtipps

14

Vorschau / Nachrufe

15

plenum-online

- Die Internetzeitung geht zum 100. Mal online

16

Die nächste Plenartagung findet vom 23. bis 25. Januar statt. Aktuelle Informationen zu den Beratungsthemen erhalten Sie in unserem Internetangebot **plenum-online**. Die Januar-Ausgabe wird am Dienstag, 22. Januar gegen 16:00 Uhr ins Netz gestellt. Sie finden dort unter anderem den aktuellen Zeitplan, ausführliche Vorberichte und Zusammenfassungen zu allen Beratungsthemen sowie direkte Verlinkungen zu den Drucksachen und zum ParlaTV. **(siehe auch Seite 16)**

Titelfoto:

Auch in diesem Jahr haben Sternsinger aus ganz Schleswig-Holstein das Landeshaus besucht und ihren Segen überbracht. Landtagspräsident Klaus Schlie und Gesundheitsministerin Kristin Alheit lobten nicht nur verbal das soziale Engagement der als Heilige Drei Könige verkleideten Kinder, die in diesem Jahr als Schwerpunkt Spenden für Tansanias Gesundheitswesen sammeln, sondern bereicherten die Sammeldose mit je 200 Euro. „Ihr tragt dazu bei, dass es in dieser Welt ein bisschen besser wird“, zollte der Landtagspräsident den Sternsängern seinen Respekt. (Foto: R. Simon)

Liebe Leserinnen und Leser,

Beständig ist nur der Wandel, heißt es. Und das trifft auch auf 2013 zu. Denn es wird sich vieles ändern in diesem Wahljahr: Zuerst in den Kreistagen, den Stadt- und Gemeindevertretungen nach der Kommunalwahl am 26. Mai, später dann bundesweit nach der Bundestagswahl voraussichtlich am 22. September. Ob in der kleinen Gemeinde oder im Berliner Reichstagsgebäude bewährte Politiker diesen Wandel gestalten oder ob es neue Köpfe mit neuen Ideen sind – das kann jeder durch seine Wählerstimme mitentscheiden.

Dieses Grundrecht, das leider nicht selbstverständlich ist auf der Welt, hatten vor fünf Jahren aber nur die Hälfte (49,4 Prozent) aller wahlberechtigten Schleswig-Holsteiner zur Kommunalwahl wahrgenommen; immerhin 73,6 Prozent waren es bei der Bundestagswahl 2009. Ich wünsche mir, dass alle bisherigen Nichtwähler diesmal Politiker und Parteien in die Pflicht nehmen, sie fragen, herausfordern – und wählen.

Denn was die eigene Stimme bewirken kann, zeigt sich gleich zu Jahresbeginn. Der größte Wandel des vergangenen Jahres, der Regierungswechsel nach der Landtagswahl am 6. Mai, wird in der Januar-Sitzung des Parlamentes seine volle Wirkung entfalten. Dann stimmen die Abgeordneten über den Haushalt der neuen Regierungskoalition ab. Er setzt die finanziellen Schwerpunkte für dieses Jahr. Was das Land für seine Bürger – und Wähler – tun kann und will, hängt davon ab. 60,2 Prozent aller Wahlberechtigten hatten übrigens am 6. Mai 2012 ihre Chance genutzt, diese Entscheidungen mit ihren Kreuzen auf dem Stimmzettel zu beeinflussen.

2013 wird sich noch mehr wandeln: Die neue Schulgesetzgebung soll regeln, wie unsere Jugend zukünftig ausgebildet wird. Auch über das Versammlungsrecht, die Bürgerbeteiligung bei großen Bauprojekten und die Beamtenbesoldung wollen die gewählten Abgeordneten in den kommenden Monaten abstimmen. Alles Beschlüsse, die die meisten Schleswig-Holsteiner direkt betreffen.

Und dann steht ja auch noch die Landesverfassung selbst zur Debatte. 15 Mal ist sie seit 1990 bereits geändert und als Stückwerk dem Wandel der Zeit angepasst worden. Eine grundlegende Reform, an der sich alle Fraktionen noch in diesem Jahr beteiligen, soll sie fit machen für die Zukunft unseres Landes. Denn noch liefert unsere Verfassung zum Beispiel keine Antworten auf die Frage, welche Rolle der Landtag in der Informationsgesellschaft spielen kann.



**Beständig ist nur der Wandel!
Ich wünsche mir, dass wir ihn
2013 gemeinsam gestalten.**

Herzlichst

Ihr

**Klaus Schlie
Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages**

Streit um Fünf-Prozent-Hürde: Mehrheit verteidigt Sperrklausel

Die Fünf-Prozent-Hürde soll stabile Mehrheiten in den Parlamenten sichern – doch sie führt auch dazu, dass Wählerstimmen unter den Tisch fallen. Bei der letzten Landtagswahl machten rund 35.000 Bürger ihr Kreuzchen bei kleineren Parteien, die dann an der Sperrklausel scheiterten. Vor diesem Hintergrund wollen die Piraten die Fünf-Prozent-Regel bei den Wahlen zum Schleswig-Holsteinischen Landtag kippen.

Widerspruch kam vor allem von Union, SPD und Liberalen, die vor einer Zersplitterung des Landtages warnten. Die Grünen sahen die Fünf-Prozent-Klausel dagegen skeptisch, und vom SSW kam grundsätzliche Sympathie für den Piraten-Vor-

stoß. Die Fachpolitiker wollen allerdings zunächst das Urteil des Landesverfassungsgerichts über die Befreiung des SSW von der Fünf-Prozent-Klausel abwarten. Vertreter der Jungen Union haben in Schleswig gegen die Sonderregelung für die

Partei der dänischen Minderheit und die Sitzverteilung nach der letzten Landtagswahl geklagt. Der Richterspruch wird für den Sommer erwartet.

Im Landtag rief Piraten-Fraktionschef Patrick Breyer die anderen Fraktionen auf, „mehr Demokratie in Schleswig-Holstein zu wagen“. Peter Eichstädt (SPD) fürchtete dagegen um „die Regierungsfähigkeit des Landes“. Und Johannes Callsen (CDU) verwies auf die „Lehre aus der Weimarer Republik“, als der unverstellte Zutritt zu den Parlamenten den Extremismus befördert habe. Innenminister Andreas Breitner (SPD) hielt die Sperrklausel „ganz klar“ für sinnvoll.

Für Burkhard Peters (Grüne) stellt die Fünf-Prozent-Hürde aus demokratietheoretischer Sicht „zweifelloso ein Problem“ dar. Der Rechtsanwalt war 2008 an der erfolgreichen Verfassungsklage gegen die Sperrklausel bei der Kommunalwahl beteiligt. Auf Landesebene sei aber die „Funktionalität“ der Parlamente zu beachten, so Peters. Anders als ein Gemeinderat müsse der Landtag stabile Mehrheiten bilden, um eine handlungsfähige Regierung stützen zu können. Der SSW habe immer Initiativen zur Abschaffung der Sperrklausel begrüßt, sagte Lars Harms. Auch eine „deutliche Herabsetzung

des Quorums“ auf zwei Prozent, wie in Dänemark, sei denkbar.

FDP-Fraktionschef Wolfgang Kubicki wertete den Piraten-Entwurf als „Dokument der Angst“. Die Partei wolle ihr Überleben sichern, nachdem sie laut aktuellen Umfragen unter die fünf Prozent abgesunken sei. Nun berät der Innen- und Rechtsausschuss weiter. (Drs. 18/385) ■

Klage gegen PGF-Zulagen

Die Piraten wollen die Zulagen für die Parlamentarischen Geschäftsführer (PGF) der Landtagsfraktionen abschaffen – zum Unmut der anderen Fraktionen.

Die Piraten-Abgeordneten Wolfgang Dudda, Angelika Beer, Uli König und Sven Krumbek haben vor dem Landesverfassungsgericht gegen die Extra-Zahlungen geklagt. Ihrer Ansicht nach ist die Arbeitsbelastung der PGF, die als Manager des Fraktionsbetriebs gelten, nicht notwendigerweise höher als bei anderen Abgeordneten und ein finanzieller Aufschlag daher nicht gerechtfertigt. Die Zulage beläuft sich auf 45 Prozent der Grunddiät. Ein Parlamentarischer Geschäftsführer erhält also neben der Diät von knapp 7.300 Euro zusätzlich 3.282 Euro.

Die Klage stößt im Landtag auf breiten Widerspruch. CDU-Fraktionschef Johannes Callsen warf den Piraten in einer Pressemitteilung „billigen Populismus“ vor. Und sein SPD-Kollege Ralf Stegner bezeichnete die PGF-Zulage als „angemessen“, da die Geschäftsführer beispielsweise als Arbeitgeber für die Fraktionsmitarbeiter fungierten. Der Wissenschaftliche Dienst des Landtages kommt in einem von den Piraten in Auftrag gegebenen Gutachten zu dem Schluss, dass die Zulagen „zulässig“ und „verfassungskonform“ seien.

Alle anderen Fraktionen haben im Innen- und Rechtsausschuss beschlossen, beim Verfassungsgericht eine Stellungnahme abzugeben, die die Piraten-Forderung zurückweist. (Drucksache 18/369) ■

Sperrklausel? Pro und Kontra



Für Peter Eichstädt (SPD) erfüllt die Fünfprozenthürde „ihren wichtigen Zweck als Instrument zur Herstellung eines arbeits- und entscheidungsfähigen Parlaments“. Nur mit klaren Mehrheiten könne der Landtag Regierungen wählen und Gesetze erlassen.



Piraten-Fraktionschef Patrick Breyer wies das Argument zurück, ohne Fünf-Prozent-Regel werde die Regierungsbildung erschwert. Schließlich gebe es in Portugal, den Niederlanden oder Finnland auch keine Sperrklausel, ohne dass es dort regelmäßig zu Regierungskrisen komme.

Tierschutz in der Verfassung Klagerecht für Verbände bleibt umstritten

Aufwertung für den Tierschutz: Nach mehreren vergeblichen Anläufen steht der Schutz der Tiere jetzt als Staatsziel in der schleswig-holsteinischen Landesverfassung. Zudem zeichnet sich ein Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände ab.

Artikel 7 der Verfassung lautet nun: „Die natürlichen Grundlagen des Lebens sowie die Tiere stehen unter dem besonderen Schutz des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie der anderen Träger der öffentlichen Verwaltung.“ Diese überfraktionell vorgelegte Formulierung hat der Landtag einstimmig beschlossen. In der Ersten Lesung im November waren sich die Abge-

ordneten weitgehend einig, dass es überfällig sei, die Bedeutung des Tierschutzes auch im Lande herauszustellen. Seit 2002 steht der Tierschutz bereits im Grundgesetz. Die Zweite Lesung fand ohne Aussprache statt.

Weniger Einigkeit wird es voraussichtlich beim Thema Verbandsklagerecht geben. Die Nord-Ampel will es Organisationen wie dem Tierschutzbund oder dem Verein "Pro Vieh"

ermöglichen, bei Verdacht auf Tierquälereien die Gerichte anzurufen oder einstweilige Anordnungen gegen Tierhalter zu erwirken. Derzeit ist das Sache der Behörden. Der entsprechende Gesetzentwurf wurde ohne Aussprache an den Umwelt- und Agrarausschuss überwiesen.

In den vergangenen Jahren hatte sich insbesondere die CDU mehrfach kritisch zu einem Verbandsklagerecht geäußert, zuletzt in der Ersten Lesung der Verfassungsänderung zum Tierschutz im November (siehe Landtagszeitung 09/12). Die Union sah in vergangenen Debatten stets die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und die Forschung bedroht.

(Drs. 18/283neu, /298, /363) ■

Aufatmen im Landtag: Provinzial wird nicht verkauft

Für Aufregung hatte Ende vergangenen Jahres die Meldung gesorgt, dass die Sparkassen den Verkauf des öffentlich-rechtlichen Versicherers Provinzial NordWest mit Sitz in Kiel und Münster an den Branchenprimus Allianz planen. Der Massenprotest der Beschäftigten (Foto) und politischer Druck zeigten schließlich Wirkung: Kurz vor der Landtagsdebatte im Rahmen einer Aktuellen Stunde wurde bekannt, dass der Verkauf vom Tisch ist und stattdessen eine Fusion der beiden Provinzial-Versicherungen Rheinland und NordWest bis März geprüft werde.

Die Entscheidung der Sparkassen wurde überfraktionell begrüßt. Die Arbeits- und Ausbildungsplätze müssten erhalten bleiben; das soziale und gesellschaftspolitische Engagement des Versicherers für Sport, Kultur, Feuerwehren und Ehrenamt sei unverzichtbar, hieß es.

Hintergrund: Nach Medienberichten soll die Allianz ein Übernahme-Angebot von über 2,25 Milliarden Euro unterbreitet haben. Anteilseigner der Provinzial NordWest sind neben dem Kieler Verband (18 Prozent) die Sparkassenverbände Westfalen-Lippe (40 Prozent), der Rheinische Sparkassen- und Giroverband (40 Prozent) sowie der Ostdeutsche Sparkassen- und Giroverband (2 Prozent). Gebangt um ihren Job hatten rund 6.000 Provinzial-Mitarbeiter in Westfalen und Norddeutschland,



darunter 2.000 in Schleswig-Holstein. Ministerpräsident Torsten Albig (SPD) kündigte in der Aussprache an, dass die Landesregierung in diesem Jahr den Dialog für ein neues Sparkassengesetz suchen werde.

Union und Liberale warnten daraufhin eindringlich davor, potenten Sparkassen, wie beispielsweise die Hamburger Haspa, zu verbieten, sich an schwächeren Instituten zu beteiligen. Die Fünf-Prozent-Beteiligung der Sparkassen an der defizitären HSH Nordbank, Abschreibungen an der Berliner Landesbank und die schwierige Situation kleinerer Sparkassen gelten als Belastungen für die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute.

Weitere Redner: T. Koch (CDU), R. Stegner (SPD), A. Tietze (Grüne), W. Kubicki (FDP), W. Dudda (Piraten), L. Harms (SSW) ■

Geburtswehen noch nicht gänzlich behoben

Probleme in den Regional-Leitstellen

Innenminister Andreas Breitner (SPD) hat Schwierigkeiten beim Betrieb der beiden kooperativen Regional-Leitstellen Nord und West in Harrislee und Elmshorn eingeräumt. Als Grund dafür nannte er unterschiedliche Technologien in den gemeinsamen Einsatzgebäuden von Feuerwehr, Rettungsdienst und Polizei. Zum Jahresende habe sich die Situation gebessert, Systemstörungen könnten aber weiterhin nicht ausgeschlossen werden, so Breitner in einer von der CDU angestoßenen Debatte.

Hintergrund ist eine Häufung von Pannen. So mussten Einsatzkräfte auf veraltetes Datenmaterial zurückgreifen, Wehren wurden falsch oder gar nicht alarmiert. Bis Ende April sollen die noch ausstehenden Mängel behoben werden und die Grundlage für eine flächendeckende digitale Alarmierung bereitet sein, kündigte Breitner an. Insgesamt gibt es im Land sechs Leitstellen. Sie wurden ab 2005 eingerichtet.

Dem Bericht aus dem Innenministerium zufolge gab es in den Polizei-Regional-Leitstellen in Kiel und Lübeck von August bis Oktober durchschnittlich 20 Störungen pro Monat, in der kooperativen Regional-Leitstelle Nord im gleichen Zeitraum hingegen durchschnittlich 60. Die kooperative Regional-Leitstelle West meldete im August und September sogar 129 beziehungsweise 134 Störfälle.

Diese Häufung sei durch ein fehlerhaftes Computer-Update im Zusammenhang mit der Anbindung an das Digitalfunknetz entstanden, heißt es im Bericht. Bereits im Oktober sei die Zahl der Pannen zurückgegangen.

Trotzdem kritisierte Petra Nicolaisen (CDU) mit Blick auf das in einigen Leitstellen vorliegende Kartenmaterial: „Freundlich ausgedrückt weicht das reale Straßennetz auch derzeit noch erheblich von der Datenwelt ab.“ In der Debatte wurde zudem moniert, dass Kosten und Wirtschaftlichkeit falsch kalkuliert worden seien und die technischen Unzulänglichkeiten den Leitstellen-Mitarbeitern ein hohes Arbeitspensum abverlangten.

Der Innen- und Rechtsausschuss behandelt das Thema weiter.

Weitere Redner: S. Lange (SPD), B. Peters (Grüne), H. Garg (FDP), W. Dudda (Piraten), L. Harms (SSW) / (Drs. 18/284, /337) ■

Breite Front gegen "Extremismusklausel"

SPD, Grüne, Piraten und SSW haben die Landesregierung aufgefordert, sich im Bundesrat für die Abschaffung der sogenannten Extremismusklausel einzusetzen.

Die "Extremismusklausel" verpflichtet gegen Rechtsradikalismus agierende Initiativen, sich zur freiheitlichen Grundordnung der Bundesrepublik zu bekennen. Andernfalls erhalten sie keine finanzielle Unterstützung. Dies, so der SPD-Abgeordnete Tobias von Pein, schaffe ein „Klima des Misstrauens“. Auch Sozialministerin Kristin Alheit (SPD) kritisierte, dass allen, die sich „vorbildlich gegen Rechtsextremismus einsetzen“, ein „Grundmisstrauen“ entgegenschlage. CDU und FDP verteidigten dagegen die Klausel: Wer für politische Arbeit Geld vom Staat wolle, müsse sich auch zur Verfassung bekennen. Die Gelder für Projekte und Initiativen gegen den Rechtsextremismus kommen aus dem Programm des Bundes "Toleranz fördern – Kompetenz stärken".
Weitere Hauptredner: A. Bernstein (CDU), R. Andresen (Grüne), W. Kubicki (FDP), W. Dudda (Piraten), L. Harms (SSW) / (Drucksache 18/373neu) ■

„Ein riesiger Schritt für die Pflege“

Schleswig-Holstein will Pflegekammer einrichten

Als erstes Bundesland wird Schleswig-Holstein eine Pflegekammer einrichten. SPD, Grüne und SSW fassten diesen Grundsatzbeschluss – nun soll die Landesregierung ein entsprechendes Gesetz vorbereiten. Die Interessenvertretung für die Pflegefachkräfte sei „ein riesiger Schritt für die Pflege“, betonte

Birte Pauls (SPD). Damit werde die Attraktivität des Berufes gesteigert. Insbesondere die FDP äußerte „massive Bedenken“. So warnte die Abgeordnete Anita Klahn vor einer „Zwangsverkammerung“ mit „Zwangsbeiträgen“ für alle Pflegekräfte sowie vor erheblichen Bürokratiekosten.

Der Kammer-Beschluss ist Teil eines Maßnahmenbündels, mit dem die Nord-Ampel gegen den drohenden Mangel an Pflegekräften vorgehen will. In den kommenden beiden Jahren sollen jeweils 200 zusätzliche Ausbildungsplätze angeboten werden. Außerdem wird geprüft, ob sich Pflegeeinrichtungen mit einer Umlage an der Ausbildung beteiligen sollen. Unterstützt wurde das Vorhaben des Bundes, bei Umschulungsmaßnahmen künftig alle drei Lehrjahre finanziell zu fördern – und nicht nur, wie bisher, die ersten zwei.

Die Zahl der Pflegebedürftigen steige „wie eine Flut“, merkte Marret Bohn (Grüne) an. Laut Berechnungen

der Pflegestatistik wird die Zahl der Bedürftigen in Schleswig-Holstein von derzeit rund 80.000 auf 120.000 im Jahr 2030 ansteigen. Und: Bis 2020 werden insgesamt 4.000 zusätzliche Pflegekräfte benötigt.

Vertreter der Union und der Piraten begrüßten den Ruf nach einer Pflegekammer. Zudem riefen sie dazu auf, ein duales Pflegestudium einzurichten: Künftige Schwestern und Pfleger sollen vier Jahre lang sowohl im Betrieb als auch an der Fachhochschule ausgebildet werden. Auch Flemming Meyer (SSW) erhofft sich von einem solchen Schritt „eine höhere Qualität in der Ausbildung“, und Gesundheitsministerin Kristin

Alheit (SPD) sprach von „einer Option“, die im Bildungs- und Wissenschaftsministerium geprüft werde.

Weitere Punkte: Die Berufe des Kranken-, des Alten- und des Kinderkrankenpflegers sollen zu einem gemeinsamen Berufsbild zusammengefasst werden, und die Sprach-Hürden für ausländische Pfleger sollen gesenkt werden. Allerdings müssten Pflegekräfte aus dem Ausland „einen an der Praxis orientierten Sprachstandard“ aufweisen, um beispielsweise auch die schriftliche Dokumentation bewältigen zu können, so Wolfgang Dudda (Piraten).

(Drucksachen 18/374neu, /412; /206, /320; /183, /215, /321) ■

Bundesweites Diabetes-Register gefordert

Eine breite Mehrheit von SPD, Grünen, Piraten und SSW hat die Landesregierung aufgefordert, sich im Bundesrat für ein Diabetes-Register einzusetzen. Außerdem soll sie im Frühjahr über landesspezifische Krankenzahlen und Behandlungsmaßnahmen berichten.

Deutschland sei bei Zucker-Erkrankungen europaweit trauriger Spitzenreiter, sagte Bernd Heineemann (SPD). Allein in Schleswig-Holstein beliefen sich die dadurch verursachten Kosten auf jährlich 1,5 Milliarden Euro. Gesundheitsministerin Kristin Alheit (SPD) begrüßte den Vorstoß: Um Diabetes in Schleswig-Holstein erfolgreich zu bekämpfen, sei eine Bestandsaufnahme unverzichtbar – auch um Aktionspläne auf Bundesebene zu unterfüttern.

Obwohl in der Sache grundsätzlich Einigkeit herrschte, enthielten sich CDU und FDP bei der Abstimmung über die Bundesratsinitiative. Die Oppositionsfraktionen sahen noch Beratungsbedarf, unter anderem mit Fachgesellschaften und Betroffenenverbänden. Eine von Schwarz-Gelb geforderte Ausschussüberweisung fand jedoch keine Mehrheit.

Weitere Redner: K. Jasper (CDU), M. Bohn (Grüne), A. Klahn (FDP), W. Dudda (Piraten), F. Meyer (SSW) / (Drs. 18/378, /379) ■

Hilfspaket für chronisch kranke Kinder

Die Nord-Ampel will chronisch kranken Kindern und ihren Eltern mit einer besseren Vernetzung zwischen Ärzten, Kliniken und Einrichtungen der Kinderrehabilitation helfen. Vertreter aus der Gesundheitsbranche sollen an einem "Runden Tisch" zusammenkommen.

Vor dem Hintergrund, dass die Anzahl der Rehabilitations-Anträge in den letzten Jahren zurückgegangen ist, obwohl es immer mehr chronisch kranke Kinder gibt, soll die Landesregierung zudem eine Situationsanalyse aufstellen. Hilfsmaßnahmen dürften nicht scheitern, weil Familien die Angebote nicht kennen, die Hürden für die Teilnahme zu hoch sind oder Anträge im

Dickicht der Bürokratie untergehen, betonte Gitta Trauernicht (SPD). „Im System läuft etwas falsch, wir müssen schleunigst etwas ändern“, stimmte Karsten Jasper (CDU) zu.

Details zu dem geforderten "Runden Tisch" sollen im Sozialausschuss besprochen werden.

Weitere Redner: M. Bohn (Grüne), A. Klahn (FDP), F. Meyer (SSW), Ministerin K. Alheit (SPD) / (Drs. 18/380) ■



Marret Bohn (Grüne) blickt auf den ansteigenden Bedarf an Pflegekräften: „Wir müssen jetzt die Saat legen, damit wir eine gute Pflege ernten können.“



Katja Rathje-Hoffmann (CDU) plädiert für ein duales Pflegestudium, damit „junge Leute bessere Möglichkeiten vorfinden, sich beruflich weiterzuentwickeln.“

Seniorengerechte Wohnverhältnisse

In Schleswig-Holstein gibt es keine belastbare Datengrundlage über Anzahl und Verteilung von seniorengerechten Wohnungen, weil in diesem Bereich weder Mindeststandards noch einheitliche gesetzliche Festlegungen beziehungsweise Normen definiert sind. Dies ergibt sich aus einem von CDU und FDP geforderten Regierungsbericht zur Wohnsituation von Senioren im Lande. Im Jahr 2025 werde es rund 640.000 Haushalte geben, deren Vorstand 60 Jahre oder älter ist, heißt es in dem Bericht, der ohne Aussprache zur abschließenden Beratung an den Sozialausschuss weitergeleitet wurde. (Drs. 18/151, 335) ■



Das Land ist bereit zur Garantie-Erhöhung

Heinold: „Vermögensschonendste Maßnahme“

Die angespannte Lage der HSH Nordbank setzt die Landespolitik weiter unter Druck. Angesichts negativer Bilanzzahlen ist die Landesregierung bereit, die öffentlichen Garantien für das teilweise landeseigene Geldhaus wieder von sieben auf zehn Milliarden Euro aufzustocken.

Dies wäre für den Landeshaushalt die derzeit „vermögensschonendste Maßnahme“ und würde die Bank „am wirksamsten stabilisieren“, betonte Finanzministerin Monika Heinold (Grüne) in einem von der FDP beantragten Bericht. Die EU-Kommission müsste den Schritt allerdings absegnen. Auch die oppositionelle CDU stützte diesen Kurs im Grundsatz. Fraktionschef Johannes Callsen betonte, die Union sei bereit, einer Garantierhöhung „im Interesse des Landes Schleswig-Holstein“ zuzustimmen. Demgegenüber rief FDP-Fraktionschef Wolfgang Kubicki die Landesregierung auf, einen „weißen Ritter“ zu suchen – einen privaten Investor, der sein Geld in der HSH anlegt. Auch Torge Schmidt (Piraten) lehnte es ab, die Garantie aufzustocken, nur um die HSH über die kommenden Monate zu retten:

„Eine kurzfristige Betrachtung ist nicht sinnvoll.“

Anlass der Debatte war die Bilanz der Bank für die ersten neun Monate des letzten Jahres. Demnach hat das Geldinstitut zwischen Januar und September 2012 einen Konzernfehlbetrag von 25 Millionen Euro eingefahren, und die Kernkapitalquote ist auf 9,4 Prozent gesunken. Damit liegt das Eigenkapital nur noch knapp über dem erlaubten Minimum von neun Prozent.

Die Koalitionsfraktionen stellten sich hinter die Finanzministerin. Die Erhöhung der Garantiesumme sei „die einzige größere Maßnahme, die sich kurzfristig positiv auf die Kernkapitalquote auswirken kann“, unterstrich Lars Harms (SSW). Und Rasmus Andresen (Grüne) wies darauf hin, dass die Länder-Garantie die Bank „jetzt schon spürbar“ stütze

und sich positiv auf das Rating auswirke. Nach Verlusten in Milliardenhöhe hatten Schleswig-Holstein und Hamburg ihre fusionierte Landesbank im Jahr 2009 durch eine Kapitalspritze von drei Milliarden Euro sowie eine sogenannte Zweitverlustgarantie über zunächst zehn Milliarden Euro gerettet. Später reduzierte die HSH die Garantie auf sieben Milliarden, um Gebührenzahlungen an die Länder zu sparen. Dies erweise sich nun aber als „schwerer Fehler“, so Ministerin Heinold.

Der Bank macht vor allem die Krise in der Seeschifffahrt zu schaffen. Die HSH hat rund 30 Milliarden Euro zur Schiffsfinanzierung verliehen. Hier von sei möglicherweise „gut die Hälfte ausfallgefährdet“, mahnte Thomas Rother (SPD). Für die beiden Länder sollen laut Prognose der Bank in den Jahren 2019 bis 2025 Belastungen in Höhe von insgesamt 1,3 Milliarden Euro anfallen. Frühere Verluste will das Geldinstitut bis zur Summe von 3,2 Milliarden Euro selbst tragen.

(Drucksache 18/352)

LRH-Chef: Kein Rederecht

Der Präsident des Landesrechnungshofs (LRH) wird auch künftig im Landtag nicht das Wort ergreifen. Die Piraten forderten vergeblich, dem obersten Rechnungsprüfer das Rederecht im Plenum zuzugestehen.



LRH-Präsident Aloys Altmann, ehemaliger SPD-Staatssekretär: Über seine Amtsführung und über seine Nachfolge streiten die Fraktionen

Der LRH-Präsident könne durch Reden im Landtag „eine Menge Sparpotential aufzeigen“, so Uli König (Piraten). Das derzeitige Rederecht in den Ausschüssen reiche nicht aus. Die breite Mehrheit im Landtag wandte sich aber dagegen: Der Rechnungshof sei kein politischer Akteur, hieß es bei CDU, SPD, Grünen und FDP. Allein Lars Harms (SSW) bekannte Sympathie für die Piraten-Idee: Man könne „gerne diskutieren“, ob der Rechnungshofpräsident, wie in anderen Bundesländern auch, seinen eigenen Jahresbericht im Plenum vorstellen soll.

Koalition und Opposition stritten zudem über die Rolle des aktuellen LRH-Präsidenten Aloys Altmann und über dessen Nachfolge, die dieses Jahr geregelt werden muss. SPD-Fraktionschef Ralf Stegner übte scharfe Kritik an Altmanns Amtsführung, ohne diesen allerdings beim Namen zu nennen. Stegner beklagte insbesondere, dass der LRH-Chef vor drei Jahren in die schwarz-gelbe Haushaltsstrukturkommission eingetreten war und dort die Sparbeschlüsse der Vorgängerkoalition mit vorbereitet hatte. Hans-Jörn Arp (CDU) pochte darauf, dass die Union das „Vorschlagsrecht“ bei der Altmann-Nachfolge habe. Dies wies Stegner zurück: Es sei „gute Übung“, hier eine gemeinsame Lösung zu finden.

Weitere Hauptredner: M. Bohn (Grüne), W. Kubicki (FDP) (Drucksache 18/384)

Beamte: „Keine Null-Runde“

Die Landesregierung will sich noch nicht festlegen, inwieweit der Tarifabschluss für die Angestellten des Landes, der ab Januar ausgehandelt wird, auf die Beamten übertragen wird.

Wegen der angespannten Haushaltslage wolle sie zunächst den Abschluss abwarten, so Finanzministerin Monika Heinold (Grüne). Erst dann werde entschieden. Eines stellte sie jedoch klar: „Es wird keine Null-Runde geben.“ In den letzten Jahren wurde der Tarifvertrag für die 6.600 Angestellten im öffentlichen Dienst stets 1:1 auf die 42.000 Beamten übertragen. Meldungen, dass dies 2013 nicht so sein könnte, hatten für Verunsicherung bei den Landesdienern gesorgt.

Bereits 2003 und 2006 hatte es im Norden wegen der zugespitzten Haushaltslage Einschnitte bei den Beamten gegeben: Das Weihnachtsgeld wurde gekürzt und das Urlaubsgeld gestrichen. Vor diesem Hintergrund betonten Vertreter der Koalition, eine weitere Kürzung könne nur die allerletzte Möglichkeit sein.

Wolfgang Kubicki (FDP), der das Thema auf die Tagesordnung gesetzt hatte, monierte, dass die Nord-Ampel lediglich Mittel für eine Besoldungserhöhung von 1,5 Prozent in den Haushalt eingestellt habe. Die Gewerkschaftsforderung für die Angestellten beläuft sich demgegenüber auf 6,5 Prozent. Wie CDU und Piraten forderte auch Kubicki die Koalition auf, schnell für Klarheit bei den Staatsdienern zu sorgen. Der Finanzausschuss und der Innen- und Rechtsausschuss beraten weiter.

Weitere Redner: J. Callsen (CDU), R. Stegner (SPD), E. v. Kalben (Grüne), W. Dudda (Piraten), L. Harms (SSW) / (Drs. 18/331)

Kampagne zum EU-Jahr 2013

Der Landtag will das "Europäische Jahr für Bürgerinnen und Bürger 2013" nutzen, um im Land für die Vorzüge der Europäischen Union zu werben.

Mit breiter Mehrheit votierte das Plenum für einen entsprechenden fraktionsübergreifenden Antrag. Angesichts der andauernden Finanzkrise sei es wichtig, die Bedeutung Europas in Erinnerung zu rufen, hieß es im Plenum. Als Beispiele nannten die Abgeordneten die Reisefreiheit, den Binnenmarkt, den Euro und eine seit 60 Jahren währende Phase des Friedens.

Seit 1983 stellt die EU jedes Jahr ein Thema in den Mittelpunkt – in diesem Jahr die Bürgernähe. Der Landtag will nun gemeinsam mit europapolitischen Verbänden und Europaschulen eine Informationskampagne starten. Kernpunkt ist die Europawoche vom 4. bis 12. Mai. Unterstützung signalisierte Europaministerin Anke Spoorendonk (SSW). Sie stellte „eine ganze Bandbreite“ von Angeboten in Aussicht wie Planspiele, Online-Newsletter, Info-Material und Seminare.

Weitere Redner: R. Poersch (SPD), P. Lehner (CDU), B. Voß (Grüne), A. Klahn (FDP), U. König (Piraten), J. Waldinger-Thiering (SSW) / (Drs. 18/358neu, /415) ■

Der Landtag in Brüssel

Eine eigene Repräsentanz in Brüssel soll den Schleswig-Holsteinischen Landtag künftig besser auf EU-Ebene vertreten. Das hat Landtagspräsident Klaus Schlie angekündigt.

Eine entsprechende Planstelle hat die Landtagsverwaltung für den Haushalt 2013 beantragt, der im Januar verabschiedet werden soll. Grund ist nach Aussage von Schlie, dass der direkte Einfluss europäischer Gesetze seit Jahren immer stärker auf die Bundesländer wirkt: „Deshalb ist es entscheidend, dass wir bereits im Entstehungsstadium von EU-Gesetzen unsere Interessen vor Ort in Brüssel vertreten.“ Die neue Repräsentanz soll mit einer Planstelle an das "Hanse-Office" in Brüssel angliedert werden, die gemeinsame Vertretung der Landesregierungen von Schleswig-Holstein und Hamburg. ■

Schleswig-Holstein muss sich auf EU-Ebene besser als bisher Gehör verschaffen, fordert Europaministerin Anke Spoorendonk (SSW) – bislang habe das Land „zu viel Zurückhaltung“ an den Tag gelegt. Diese Darstellung sei unfair, hieß es dazu bei CDU und FDP: der Norden habe auch unter Schwarz-Gelb in Europa gut dagestanden. Wenige Tage nach der Verleihung des Friedensnobelpreises diskutierten die Abgeordneten auch über den allgemeinen Zustand der EU.



Europa: Rolle des Landes und Nobelpreis in der Diskussion

Schleswig-Holstein dürfe „Europa nicht nur staunend aus der Ferne betrachten“, sondern müsse „den unmittelbaren Zugang zu den maßgeblichen europäischen Entscheidungsträgern“ suchen, betonte Spoorendonk, die die mehrstündige Debatte mit einer Regierungserklärung einläutete. Sie kündigte eine „neue Ära“ der Zusammenarbeit mit Dänemark an, nachdem das Verhältnis zum nördlichen Nachbarn zuletzt unter den CDU/FDP-Kürzungsbeschlüssen für die dänische Minderheit gelitten habe.

Stimmen aus dem Plenum:

Astrid Damerow (CDU) merkte an, die Nord-Ampel mache lediglich „exakt das weiter, was die Vorgängerregierungen gemacht haben“. Das gelte auch für das Verhältnis zu Dänemark. Damerow warf der Koalition vor, in wesentlichen grenzüberschreitenden Fragen keine gemeinsame Linie zu haben, etwa bei der Fehmarnbeltquerung.

Regina Poersch (SPD) hielt den Friedensnobelpreis für die EU für „großartig und verdient“. Gleichzeitig

mahnte sie, den „sozialen Zusammenhalt“ in Europa zu bewahren. Die Antwort auf die Schuldenkrise dürfe nicht nur darin bestehen, „bei Sozialleistungen, Bildungsausgaben und Löhnen zu kürzen“.

Eka von Kalben, Fraktionsvorsitzende der **Grünen**, konstatierte, Europa habe derzeit „ein echtes Imageproblem“. Das „Gefühl aufgeblähter Bürokratie“ führe in der Bevölkerung zu Verdruss und Entfremdung, sagte sie. Zugleich warnte sie Union und FDP davor, auf Kosten der europäischen Einigung ein „populistisches Süppchen zu kochen“.

Patrick Breyer, Fraktionsvorsitzender der **Piraten**, forderte mehr Bürgerbeteiligung, damit die EU das „Vertrauen der Bürger“ bewahrt. So brauche die EU „zur Schaffung eines wirklich demokratischen europäischen Rechtsstaats“ eine Verfassung, die von einer direkt gewählten Versammlung erarbeitet und dann durch ein Verfassungsreferendum bestätigt wird.

Lars Harms (SSW), sieht das entscheidende Manko der EU-Politik ebenfalls in der mangelnden Bürgernähe. Es müssten mehr Entscheidungen „so nah wie möglich am Bürger dezentral verankert werden“. Nicht Europa habe sich von den Menschen entfernt – „vielmehr ist die Politik in der Europäischen Union von den Bürgern abgerückt“, konstatierte Harms.

Der Europabericht 2012, der ebenfalls Grundlage der Debatte war, wird nun in allen Ausschüssen des Landtages abschließend beraten.

Weitere Redner: Ralf Stegner (SPD), Wolfgang Kubicki (FDP), Johannes Callsen (CDU) / (Drucksache 18/360) ■



„Die Europäische Union ist sicherlich nicht perfekt“, so Europaministerin Anke Spoorendonk (SSW). Aber: Die EU bringe einen „ungeheuren Mehrwert für Schleswig-Holstein“.



Ekkehard Klug (FDP) wandte sich gegen eine „Überbürokratisierung“ aus Brüssel. Eine Staatengemeinschaft mit 27 Ländern und 500 Millionen Menschen zentralistisch steuern zu wollen, sei der falsche Ansatz. Mehr EU-Einfluss „als globalgalaktisches Rezept für alles Mögliche“ führe zur Abkehr der Bürger von Europa.

Landespolitik drängt auf nationale Meeresstrategie

In großer Geschlossenheit haben Abgeordnete aller Fraktionen die Bedeutung der länderübergreifenden Meerespolitik im Ostsee- und Nordseeraum betont und sich für eine an ökologischen Standards orientierende wirtschaftliche Wachstumsstrategie ausgesprochen. Anlass der Debatte war die Aussprache zu den Resolutionen der jüngsten Ostseeparlamentarier-Konferenz, die Ende August in St. Petersburg stattfand.

Außerdem wurden zwei Anträge von der Koalition und der CDU an den Europaausschuss und den Wirtschaftsausschuss überwiesen. SPD, Grüne und SSW fordern allgemein ein größeres Engagement in der Meerespolitik. Schleswig-Holstein müsse wieder zum Motor und Ideengeber der integrierten Meerespolitik werden, heißt es in dem Papier. Die Union wiederum betont das Wachstumspotential in Bereichen wie Aquakultur, Meeres-, Küsten- und Kreuzfahrttourismus oder Biotechnologie. In beiden Anträgen wird die Landesregierung dazu aufgefordert, auf die Erarbeitung einer nationalen Meeresstrategie zu drängen.

Europaministerin Anke Spooren-donk (SSW) nahm die ihr in der Debatte zugespielten Bälle dankbar auf. Die Anträge und die Resolution der Ostseeparlamentarier-Konferenz seien „Wasser auf den Mühlen“ der Landesregierung. Sie begrüßte zudem, dass die neue Agenda der Europäischen Kommission den Schutz und den Nutzen der Ozeane gleichermaßen in den Mittelpunkt rücke. Dies stelle eine Zäsur in der EU-Politik dar, sagte die Ministerin.

Weitere Hauptredner: A. Damerow (CDU), R. Poersch (SPD), B. Voß (Grüne), E. Klug (FDP), S. Krumbek (Piraten), F. Meyer (SSW) / (Drucksachen 18/257, /408; /312, /260, /261) ■

Ostsee-Repräsentanzen leisten wertvolle Arbeit

Der Landtag hat einen Bericht der Landesregierung über die Schleswig-Holstein-Büros und Hanse-Offices im Ostseeraum ohne Aussprache zur Beratung an den Europaausschuss überwiesen. Das Papier würdigt die Arbeit der Einrichtungen, kommt aber mit Blick auf die Schleswig-Holstein-Büros in den baltischen Staaten zu dem Schluss, dass diese dort immer weniger benötigt würden. Als Gründe nennt der Bericht die Liberalisierungsbestrebungen in Litauens, Estland und Lettland durch den EU-Beitritt sowie die Arbeit der Deutsch-Baltischen Handelskammer, die in allen drei Ländern mit Büros vertreten ist. Ungeachtet dieser Entwicklung, heißt es in dem Papier, leisten die Repräsentanzen gegenwärtig einen wertvollen Beitrag, Schleswig-Holsteins EU-Ostseestrategie umzusetzen. (Drs. 18/151, 335) ■

"Trendige" Touristen rücken in den Fokus

Tourismusstrategie wird überarbeitet

Der Tourismus in Deutschland boomt, aber Schleswig-Holstein droht den Anschluss zu verlieren. Darauf hat Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD) hingewiesen und eine Neuausrichtung der Tourismusstrategie angekündigt. Es sei zwar „gut und schön“, so Meyer, dass das Land bestimmte Zielgruppen wie Familien und wohlhabende Senioren anspreche. Aber: „Wir müssen auch aktuelle Trends berücksichtigen“, etwa Städtereisen, Natur oder Kultur.

Zudem soll es künftig eine gemeinsame „Dachmarke“ für alle Urlaubsregionen des Landes geben. Dies stieß vor allem bei der Union auf Widerstand. Es sei „kontraproduktiv“, wenn die beiden Küsten ihre jeweiligen Eigenheiten nicht mehr explizit herausstellen könnten. Und, so Hartmut Hamerich (CDU): „Die Marke Schleswig-Holstein gibt es längst – so weit das Auge reicht.“ Zugleich begrüßte er aber die Zusage des Landes, die Tourismusagentur Schleswig-Holstein (TASH) mit 1,5 Millionen Euro zu finanzieren.



Die Landesregierung will künftig stärker auf aktuelle Trends und Themen setzen. Dazu gehören der Natur-, Gesundheits-, Städte- und Kulturtourismus, so Minister Meyer.

Den „Bedarf der Nachjustierung“ belegte Minister Meyer mit einem Blick auf die Statistik: So sei die Zahl der Gäste in ganz Deutschland im letzten Jahr um 3,6 Prozent gestiegen, in Schleswig-Holstein habe es aber nur ein Plus von 0,2 Prozent gegeben.

Das Land habe sich möglicherweise im Jahr 2006 mit der Unternehmensberatung Roland Berger den falschen Partner ausgesucht, als es seine derzeitige Zielgruppenausrichtung beschlossen hat, sagte Meyer. Diese Stoßrichtung auf „anspruchsvolle Genießer“, Familien und „Best Ager“ ist laut den Experten des Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts für Fremdenverkehr (dwif) in Berlin zu ungenau, weil viele Interessierte nicht erreicht würden. Das

Wirtschaftsministerium hatte das dwif um das Gutachten gebeten.

Die Koalitionsfraktionen und auch die FDP unterstützten den Kurs des Ministers. Die Piraten vermissen bei dem Dachmarken-Konzept einen konkreten Beleg für einen Mehrwert.

Die Tourismusbranche im Lande verzeichnet einen Jahresumsatz von 7,5 Milliarden Euro und sichert 170.000 Arbeitsplätze. Sie erwirtschaftet sechs Prozent des Bruttoinlandsproduktes. In einigen Gegenden, etwa auf den Inseln, sind es bis zu 90 Prozent. 2011 kamen 6,1 Millionen Gäste in den Norden, die 24,5 Millionen Übernachtungen buchten.

Weitere Hauptredner: R. Poersch (SPD), A. Tietze (Grüne), O. Kumbartzky (FDP), P. Breyer (Piraten), F. Meyer (SSW) (Drucksache 18/356) ■

Landtag gibt Millionenprogramm für Hochschulen frei

Wissenschaftsministerin Wende: Bis 2025 besteht „immenser Investitionsbedarf“

Die Hochschulen im Land erhalten 40 Millionen Euro, kommunale Schulen und Kindertagesstätten 11,5 Millionen Euro für die Sanierung ihrer Gebäude. Das sieht ein neues Gesetz der Nord-Ampel vor, das auch die Zustimmung von FDP sowie von fünf der sechs Piraten fand. Die CDU enthielt sich. Das Geld soll durch Zinsersparnisse im Haushalt gedeckt und bei der Investitionsbank als Sondervermögen eingerichtet werden.

Bildungsministerin Waltraud Wende (parteilos) erklärte in einem von der FDP geforderten Bericht zur baulichen Situation der Hochschulen, dass bis zum Jahr 2025 insgesamt 1,5 Milliarden Euro nötig sind, um den „immensen Investitionsbedarf“ an den Unis zu decken. Allein das Gesamtvolumen der laufenden Maßnahmen bis 2017 betrage bereits 88 Millionen Euro. Erschwerend komme hinzu, dass die Zahl der Studenten in den kommenden Jahren unter anderem wegen des doppelten Abiturjahrgangs 2016 steige. „Der Bedarf ist größer als die zur Verfügung stehenden Mittel“, machte die Ministerin deutlich. Deshalb sollen zusätzliche Bundesgelder akquiriert und Prioritäten bei Bauvorhaben gesetzt werden.

„Der Sanierungsstau in unseren öffentlichen Gebäuden hat sich leider seit vielen Jahrzehnten aufgebaut“, pflichtete ihr Finanzministerin Monika Heinold (Grüne) bei. Angesichts des derzeitigen niedrigen Zinssatzes sei es „eine verantwortbare, notwendige und bildungspolitisch

gute Maßnahme“, das mit schuldenfinanzierten Mitteln ausgestattete Sondervermögen bereitzustellen.

Die Maßnahmen bedeuteten „weit mehr als der Tropfen auf den heißen Stein“, machte Martin Habersaat (SPD) deutlich. Dennoch könne die angespannte Situation ohne die Hilfe des Bundes nicht bewältigt werden. Auch Rasmus Andresen (Grüne) und Lars Harms (SSW) lobten das Sondervermögen: „Wir bleiben im Rahmen des positiven Haushaltsabschlusses, setzen starke Akzente für Bildung, energetische Sanierung und sparen langfristig Betriebskosten“, hob Andresen hervor.

CDU und Piraten machten weitere Vorschläge für die Verwendung von Sondervermögen. So forderte CDU-Fraktionschef Johannes Callsen, Geld auch in den Straßenbau sowie in den Ausbau der frühkindlichen Bildung zu stecken. „Wir wollen nicht nur in Beton, sondern auch in die Köpfe unserer Kinder investieren“, sagte er. Der Piratenvertreter Torge Schmidt verlangte, auch das „Programm vorsorgende Finanzpolitik“ (PROFI) in



Der Bedarf für Sanierungen und Neubauten wächst, weil die Zahl der Studenten in den nächsten Jahren weiter steigen wird. Schon von 2001 bis 2011 gab es einen Zuwachs von 45.000 auf 57.000. Zwischen 2011 und 2015 sollen Plätze für 9.700 Studienanfänger neu entstehen. Hierfür erhält das Land vom Bund 98,7 Millionen Euro.

ein Sondervermögen umzuwandeln. Außerdem sollten die Hochschulsanierung und die Kindertagesstätten als Kernaufgaben im Landeshaushalt fest verankert werden.

Die Regierungskoalition forderte mit einem Antrag zudem die Landesregierung auf, sich für eine dritte Programmphase des Hochschulpaktes 2020 starkzumachen und damit Geld für die Schaffung zusätzlicher Studienplätze bis 2020 einzuwerben. Dieser Antrag ging zur weiteren Beratung an den Bildungsausschuss. (Drs. 18/297, /376, /381, /411) ■

Klares Nein zur Erdgasförderung per Fracking

Der Landtag hat sich geschlossen gegen die Förderung von Erdgas und Erdöl mit dem sogenannten Fracking-Verfahren positioniert.

Die Landesregierung wurde aufgefordert, keine Genehmigungen für das Aufsuchen und Erkunden von Erdgas- und Erdöllagerstätten unter Einsatz von giftigen Chemikalien zu erteilen. Da bei Fracking teilweise umweltgefährdende Stoffe eingesetzt werden, sind die Auswirkungen auf Natur und Umwelt, zum Beispiel auf das Grundwasser, nach Ansicht

von Kritikern nicht abzusehen. Im Landtag hatten sich alle Fraktionen auf einen gemeinsamen Ablehnungsantrag verständigt.

Auch die Umweltministerkonferenz der Länder hatte das Fracking-Verfahren Ende November abgelehnt, solange die Risiken nicht geklärt sind. Nach Angaben des Kieler Umweltministers Robert Habeck (Grüne) liegen derzeit im Lande keine Anträge auf Fracking vor. Er kündigte an, die Unternehmen zu bitten, rechtsverbindlich auf Fracking zu verzichten. Ein Landesgesetz gegen das Förderverfahren sei derzeit nicht möglich, so Habeck.

Kurz nach der Landtagsdebatte erreichte im Bundesrat ein von Schleswig-Holstein unterstützter Antrag der nordrhein-westfälischen Landesregierung, laut dem Fracking-Bohrungen einer Umweltverträglichkeitsprüfung

bedürfen sollen, eine Mehrheit. Nun ist die Bundesregierung gefordert, das Bergrecht zu ändern.

Weitere Redner: H. Rickers (CDU), O. Schulze (SPD), D. Matthiessen (Grüne), O. Kumbartzky (FDP), F. Meyer (SSW) (Drucksachen 18/386, /399) ■

Stichwort

Fracking steht für "Hydraulic Fracturing" und bezeichnet eine Öl- und Gasfördermethode, bei der mittels technischer Tiefbohrungen eine Flüssigkeit im Speichergestein eingepresst wird, um Risse zu erzeugen. Dadurch wird die Durchlässigkeit der Gesteinsschicht erhöht, so dass Erdgas und Erdöl wirtschaftlich gewonnen werden können. Das Problem: Teilweise können die dabei eingesetzten Chemikalien giftig und umweltschädigend sein.

Lehrerausbildung: Streit um neue Struktur, um Gewinner und Verlierer

Speckt Uni Flensburg ab? / Werden Gymnasien geschwächt?

Wissenschaftsministerin Waltraud Wende (parteilos) will die Lehrerausbildung auf neue Beine stellen. Sie will alle Lehrer für das 5. bis 13. Schuljahr, ob für das Gymnasium oder für Gemeinschaftsschulen, in einem gemeinsamen Studiengang ausbilden lassen, und das in Kiel und in Flensburg. Weiterhin hob sie in einem von der FDP beantragten Bericht hervor, eine Lösung

zu verfolgen, die keinen der beiden Hochschulstandorte „als Verlierer“ dastehen lasse. Vielmehr gehe es um die Frage, welche Art der Ausbildung wo sinnvoll sei. Mit Blick auf die Qualitätsanforderungen sei es notwendig, sich die Standorte und deren Struktur genau anzusehen, sagte Wende, die vor ihrem Wechsel in die Regierung Präsidentin der Uni Flensburg war.

Bei der Opposition stieß die von Wende geplante Zusammenlegung der Ausbildung für Gymnasial- und Gemeinschaftsschullehrer auf heftige Kritik. Das Modell des Sekundarstufenlehrers, mit dem die Pädagogen befähigt werden sollen, alle Schüler vom 5. bis zum 13. Schuljahr zu unterrichten, wäre gleichbedeutend mit einer „Schwächung der Schulform Gymnasium“, so Christopher Vogt von den Liberalen. Zudem warnte er mit Blick auf die höheren Gehälter von Gymnasiallehrern vor einer Belastung für den Haushalt. Denn, so Vogt: Für die „gleiche Ausbildung“ müssten die Lehrer an Gemeinschaftsschulen dann auch gleich bezahlt werden.

Die Lehrerausbildung müsse sich an den Schulen orientieren, die es im Land gibt, argumentierte Daniel Günther (CDU) in dieselbe Richtung. Er sprach sich für eine Ausbildung von Regionalschul- und Gemeinschaftsschullehrern in Flensburg und von Gymnasiallehrern in Kiel aus. Auf diese Weise würde keiner der beiden Ausbildungsstandorte in seiner Existenz gefährdet. Hintergrund: Da in der Grenzstadt voraussichtlich nicht alle Fächerkombinationen möglich sein werden, befürchtet Günther einen Aderlass in Flensburg und eine Abwanderung vieler Studenten nach Kiel. Ein Antrag der Union für die Beibehaltung der schulartenbezogenen Ausbildung lehnten mit der Koalition auch die Piraten ab.

Die Regierungsfractionen untermauerten den Abkehrkurs von der schulartbezogenen Ausbildung: Die Vermittlung von Zusammenhängen, sozialer Kompetenz oder Teamfähigkeit sei zunehmend wichtiger, „statt altes Faktenwissen zu pauken“, sagte Rasmus Andresen (Grüne). Und Martin Habersaat (SPD) nannte den Bericht der Ministerin einen „ersten Zwischenstand“. Er warb dafür, „die bestmögliche Förderung“ für jeden einzelnen Schüler zu erreichen. Es gehe nicht darum, einen Standort gegen den anderen auszuspielen, griff Jette Waldinger-Thiering (SSW) die Auseinandersetzung um die Ausbildungsstandorte auf, „sondern so auszubilden, wie es der Beruf später verlangt“. „Wir wollen gute Konzepte für gute Lehrer“, schloss Uli König von den Piraten an. Deshalb sei es notwendig, dass die Ministerin ihr Konzept mit belastbaren Zahlen belege. (Drucksachen 18/371, /388) ■

Daniel Günther (CDU) zu Ministerin Wende: „Ihr Ziel des Einheitslehrers ist falsch, weil ein Land, das zukünftig noch Gymnasien haben wird – wenn wir Ihnen Glauben schenken dürfen – selbstverständlich auch ausgebildete Gymnasiallehrer braucht“

Martin Habersaat (SPD): „Unser Ziel ist es, möglichst viele Schülerinnen und Schüler zum Abitur zu bringen, aber auch den bestmöglichen Abschluss für alle Schülerinnen und Schüler sicherzustellen, die das Abitur nicht erreichen“



G8/G9-Streit geht weiter: Diskussion um „Elternwille“

Die Fronten in der Schulpolitik bleiben verhärtet: FDP und CDU haben erneut gefordert, den Gymnasien im Lande die Wahlfreiheit zwischen dem achtjährigen und dem neunjährigen Abitur zu lassen. Dies entspricht dem Wunsch der Eltern, so Anita Klahn (FDP).

Wir sollten den Elternwillen grundsätzlich ernst nehmen und nicht nur dann, wenn er zufällig mit den eigenen schulpolitischen Vorstellungen übereinstimmt“, konterte Bildungsministerin Waltraud Wende (parteilos), während SPD-Fraktionschef Ralf Stegner versprach, eine „flächendeckende Wahlfreiheit“ zwischen G8 an Gymnasien und G9 an Berufsschulen und Gemeinschaftsschulen zu ermöglichen.

Die Koalition führe einen „Pseudo-Dialog“ und habe „kein Vertrauen in die Entscheidungsfreiheit vor Ort“, bemängelte FDP-Frau Klahn. Der Plan der Nord-Ampel, künftig keine neuen G9-Gymnasien mehr zu genehmigen, bremse den Elternwillen aus. Denn: „Mir ist keine Umfrage bekannt, in der sich die Eltern nicht für G9 aussprechen.“ Heike Franzen (CDU) betonte, dass ihre Fraktion G8 befürworte. „Aber wir stehen auch

zur Wahlfreiheit, die in der letzten Wahlperiode beschlossen wurde.“

Anke Erdmann (Grüne) monierte, die von CDU und Liberalen geforderte Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 hätte zur Konsequenz, „dass jedes Jahr die gleichen Debatten in den Schulkonferenzen geführt werden: Erst G8, drei Jahre später G9, dann wieder vier Jahrgänge G8“. Diese „ständigen Debatten und Unsicherheiten“ wolle die Koalition den Schülern ersparen. „Der Landes-Elternbeirat der Gymnasien lehnt Ihren Vorschlag komplett ab“, sagte Sven Krumbek (Piraten) mit Blick auf die FDP. Und Jette Waldinger-Thiering (SSW) merkte an, dass die Schullandschaft, die die FDP in der letzten Wahlperiode geprägt habe, „ganz sicher nicht als friedlich bezeichnet werden“ könne. (Drucksache 18/349neu) ■

Landesmuseen: Stiftung braucht mehr Geld

Modernisierungsbedarf fordert Tribut

Der "Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf" stehen schwierige Jahre bevor. Bis 2035 müssen 30 bis 35 Millionen Euro in die acht Einrichtungen investiert werden, sagte Kulturministerin Anke Spoorendonk (SSW) bei der Vorstellung des jüngsten Stiftungsberichts.

Schon jetzt sei die Stiftung nicht mehr in der Lage, Tarifsteigerungen aufzufangen. Die Landesregierung plant deshalb, die Haushaltsmittel aufzustocken. Als Gründe nannte Spoorendonk zurückgehende Besucherzahlen (siehe Infokasten rechts) sowie einen Modernisierungs- und Renovierungsstau in den meist denkmalgeschützten Gebäuden. Auch die Fusion mit dem Freilichtmuseum Molfsee zum Jahreswechsel stelle die Stiftung „vor große fachliche und administrative Herausforderungen“, sagte die Ministerin.

Erste Schritte zu einer Neustrukturierung der Museumslandschaft seien bereits in Gang gesetzt worden. Außerdem soll ein langfristiges Struk-

turentwicklungs-Konzept die Ziele bis 2020 aufzeigen und die „grundsätzliche Frage des gesellschaftlichen Mehrwerts der Museen“ beleuchten, so Spoorendonk.

Um mehr Besucher in die Museen zu locken und das kulturelle Erbe Schleswig-Holsteins einer breiteren Masse wieder schmackhaft zu machen, müssten die Ausstellungen zielgruppenorientierter gestaltet werden, lautete der fraktionsübergreifende Tenor in der Debatte, bevor der Stiftungsbericht an den Bildungsausschuss überwiesen wurde.

Redner: P. Sönnichsen (CDU), B. Raudies (SPD), M. Fritzen (Grüne), A. Klahn (FDP), S. Krumbek (Piraten), J. Waldinger-Thiering (SSW) / (Drucksache 18/190) ■



Mit dem Zusatz "Landesmuseum für Volkskunde" ist das Freilichtmuseum Molfsee (bei Kiel) zu Jahresbeginn unter das Dach der Stiftung Landesmuseen Schloss Gottorf geschlüpft

Fast 25.000 Besucher weniger

Die Zahl der Besucher in den zu den Landesmuseen gehörenden Einrichtungen ging laut dem Bericht insgesamt von 367.905 im Jahr 2010 auf 343.394 im Jahr 2011 zurück. Das entspricht einem Minus von 6,4 Prozent. Besonders starke Einbrüche erlebte das Wikinger-Museum Haithabu, das sich rund 14.400 Besucher weniger ansahen (insgesamt knapp 146.000). Auch das Kloster Cismar verzeichnete weniger Gäste, und das Jüdische Museum in Rendsburg rutschte erstmals knapp unter die Besuchermarke von 5.000. Auch der Neuwerkgarten am Schloss Gottorf und das Volkskunde-Museum in Schleswig, das mit dem Freilichtmuseum Molfsee fusioniert ist, verloren Besucher. Das "Eisen Kunst Guss Museum" in Büdelsdorf war 2011 wegen geplanter Grundinstandsetzung geschlossen. Im Schloss Gottorf stieg die Besucherzahl hingegen um rund 4.300 auf 122.297. Etwas mehr Menschen kamen auch zum Gottorfer Globus.

Themen ohne Aussprache...

2. Lesungen

Kommunalrecht / Gemeinderäte

In Kommunen ab 70 Wahlberechtigten muss wieder ein Gemeinderat gewählt werden. Einen Gesetzentwurf, den SPD, Grüne und SSW mit Blick auf die Kommunalwahlen im Mai vorgelegt hatten, verabschiedete das Plenum mit breiter Mehrheit. Damit wurde die von der damaligen schwarz-gelben Regierungskoalition geänderte Regelung gekippt, wonach erst ab 100 Wahlberechtigten ein Gemeinderat gebildet werden muss. (Drs. 18/277, /364)

Vollstreckungs-Recht

Schleswig-Holstein hat seine gesetzlichen Vorschriften für die Vollstreckung öffentlich-rechtlicher Geldforderungen an das Bundesrecht angepasst. Das Plenum verabschiedete die von der Landesregierung vorgelegten Neuregelungen, mit denen Teile des Verwaltungs- und des Justizverwaltungskostengesetzes geändert wurden. (Drs. 18/253, /365)

Transplantationsgesetz

Schleswig-Holstein behält seine gesetzlichen Regelungen für Organtransplantationen, die zum Jahreswechsel ausgelaufen wären, zu-

nächst bei. Hintergrund hierfür sind die jüngsten Organspende-Skandale und die damit verbundene Ankündigung des Bundesgesundheitsministeriums, neue Vorschriften auf den Weg bringen zu wollen. Diese Entwicklung will die Landesregierung abwarten, bevor sie landesrechtliche Änderungen des schleswig-holsteinischen Transplantationsgesetzes ins Auge fasst. (Drs. 18/259, /332)

1. Lesungen

Institut für Bautechnik

Die Länder regeln die Sicherheit von Bauprodukten in großen Teilen über das Deutsche Institut für Bautechnik (DIBt). Das dafür zugrunde liegende Abkommen soll nun geändert werden. So sollen die Länder nur noch Aufgaben wahrnehmen, die mit hoheitlichen Rechten verbunden sind. Alles, was darüber hinaus mit der Produktkontrolle zusammenhängt, soll von dem DIBt erledigt werden. Der entsprechende Gesetzentwurf wurde an den Innen- und Rechtsausschuss überwiesen. (Drs. 18/355)

Leistungsschutzrecht

Geht es nach den Piraten, dann soll Schleswig-Holstein gegen das vom Bund geplante Leistungsschutzrecht

für Presseverlage intervenieren. Das Gesetz soll die Weiterverbreitung von Presseartikeln durch Internet-Suchmaschinen regeln. So sollen die Suchmaschinen-Betreiber zahlen, wenn sie Artikel ausführlicher darstellen als in Form eines Links oder in Kurzbeiträgen. Die Piraten halten es unter anderem für zielführender, die Rechte der Urheber auch gegenüber den Verlagen zu stärken. Der Antrag wurde an den Innen- und Rechtsausschuss überwiesen. (Drs. 18/382)

Telekommunikationsgesetz

Der Landtag hat die Landesregierung aufgefordert, im Bundesrat auf die geplanten Änderungen am Telekommunikationsgesetz sowie bei der Neuregelung der Bestandsdatenauskunft Einfluss zu nehmen. Ein im Innen- und Rechtsausschuss umformulierter Antrag der Piraten mit neun Punkten unter dem Titel "Schutz der Vertraulichkeit und Anonymität" wurde bei Gegenstimmen der CDU verabschiedet. Unter anderem soll die Weitergabe von Daten ausdrücklich auf Einzelfälle beschränkt bleiben. (Drs. 18/311, /370) - Debatte bei Antragstellung: Landtagszeitung 09/2012

Weitere Beschlüsse

Volksinitiative Bürgerbegehren

Nachdem sich der Innen- und Rechtsausschuss im Rahmen des Selbst-

- Fortsetzung auf Seite 12 -

Aus dem Plenum / Meldungen

- Fortsetzung von Seite 11 -

befassungsrechts mit der Frage der Zulässigkeit des Antrags der Volksinitiative "Für vereinfachte Bürgerbegehren und Bürgerentscheide in Schleswig-Holsteins Gemeinden und Kreisen" befasst hatte, hat nun auch der Landtag festgestellt, dass eine Durchführung eines Volksbegehrens zulässig ist. (Drs. 18/375, /401)

* * *

Bundesverfassungsgericht

Der Landtag wird zu zwei Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht keine Stellungnahmen abgeben. Das betrifft die Klage gegen Entscheidungen von Gerichten und Regierungsbehörden in Sachsen-Anhalt und Bayern zum Thema "Ruhelassen von Jagdrevieren" sowie eine Klage gegen Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts, des Verwaltungsgerichts Berlin und der Filmförderungsanstalt zur Erhebung der Filmförderabgabe. (Drs. 18/367, /368)

* * *

"Koalition gegen Diskriminierung"

Die Landesregierung hat dem Landtag einen Bericht mit Maßnahmen gegen Diskriminierungen vorgelegt. Nachdem es die ehemalige schwarz-gelbe Koalition im April vergangenen Jahres noch abgelehnt hatte, der "Koalition gegen Diskriminierung" der Antidiskriminierungsstelle des Bundes beizutreten, wurde dieser Schritt am 27. November von der neuen rot-grün-blauen Landesregierung vollzogen. Der Regierungsbericht wurde federführend an den Sozialausschuss und mitberatend an alle anderen Landtagsausschüsse überwiesen. (Drs. 18/353)

* * *

Frau und Beruf

Der Landtag macht sich für die Berufsberatungsstellen von "Frau und Beruf" stark. Basierend auf einem CDU-Antrag wurde ein ähnlich lautender Änderungsantrag von SPD, Grünen und SSW verabschiedet. Darin wird an die Landesregierung appelliert: „Um auch nach dem Ende der laufenden Förderperiode eine Finanzierung im Rahmen des Europäischen Sozialfonds (ESF) sicherzustellen, sollen die Ko-Finanzierungsmittel ab 2014 im Rahmen des Zukunftsprogramms Arbeit fließen.“ Zudem müsse die Integration von Frauen in den ersten Arbeitsmarkt durch eine enge Abstimmung mit entsprechenden Angeboten der Agentur für Arbeit umgesetzt werden. CDU und FDP lehnten den Antrag der Koalition ab, die Piraten-Fraktion unterstützte ihn. Im Jahr 2010 flossen insgesamt 1,18 Millionen Euro öffentliche Mittel an die landesweit elf Einrichtungen von "Frau und Beruf". Der

Landesanteil betrug rund 670.000 Euro. (Drs. 18/156neu, /230)

* * *

Straßen-Instandhaltung

Die Liberalen wollen die Finanzmittel für die Sanierung maroder Landes- und Kreisstraßen auf dem derzeitigen Niveau belassen. Hintergrund: In der letzten Tagung hat die Koalition angekündigt, künftig mehr Geld in die Bahn zu investieren. Bisher gingen 70 Prozent der 43 Millionen Euro Bundeszuschüsse aus dem Gemeinde-Verkehrsfinanzierungsgesetz in den Straßenbau und 30 Prozent in die Schiene. Die rot-grün-blaue Koalition will das „schrittweise“ umdrehen: Künftig sollen 70 Prozent in die Bahn und nur noch 30 Prozent in die Straßen investiert werden. Der FDP-Antrag wird nun im Wirtschaftsausschuss sowie im Innen- und Rechtsausschuss beraten. (Drs. 18/351) - Debatte bei Antragstellung: Landtagszeitung 09/2012

* * *

Fehmarnbelt-Querung:

Ausgleichszahlungen und Hinterlandanbindung

Umweltminister Robert Habeck (Grüne) hat laut Medienberichten von der dänischen Betreibergesellschaft des geplanten Fehmarn-Tunnels höhere Ausgleichszahlungen für den Eingriff in die Meeres-Umwelt ins Gespräch gebracht. CDU und FDP befürchten, dass damit die Planungen für das Verkehrsprojekt bewusst in die Länge gezogen werden sollen. Die Landesregierung soll nun im Umwelt- und Agrarausschuss dazu Stellung beziehen. Laut Presseberichten geht die Landesregierung davon aus, dass der Tunnelbetreiber die Eingriffe in die Umwelt mit einem Kompensationsfaktor von 1,0 ausgleicht – also Zahlungen leistet oder Ausgleichflächen anbietet, die dem Schaden für die Natur 1:1 entsprechen. Die dänische Projektgesellschaft Femern A/S hält die Berechnungsgrundlage demnach aber für viel zu hoch und will nur einen Faktor von 0,15 akzeptieren. Hintergrund ist auch die Frage, wie stark sich der Tunnelbau auf die Flora und Fauna des Meeresbodens auswirkt. (Drs. 18/327neu). Weiterhin hat das Plenum einen FDP-Antrag, mit dem eine zweite Bahntrasse im Zuge der Hinterlandanbindung der geplanten Fehmarnbelt-Querung gefordert wird, an den Wirtschaftsausschuss überwiesen. Hintergrund: In den Tourismus-Hochburgen entlang der zu der Beltquerung führenden Bahnstrecke wird befürchtet, dass zukünftig täglich mehrere hundert Güterzüge durch den Kreis Ostholstein rollen und durch den dadurch verursachten Lärm Touristen vergrault werden könnten. Vor

Fragestunde zu "Windflächen"

Umweltminister Robert Habeck (Grüne) sieht keinen Grund, das Ausweisungsverfahren für eine Windeignungsfläche in der Gemeinde Meezen (Kreis Rendsburg-Eckernförde) zu beanstanden. Meezen liegt im Naturpark Aukrug.

Die von der Piraten-Fraktion anberaumte Fragestunde bezog sich auf eine Teilfortschreibung des Regionalplans zur Ausweisung von Eignungsflächen für die Windenergienutzung, demnach in Meezen fünf bis sieben Windräder gebaut werden können. Die Piraten wollten wissen, ob der Landesregierung bekannt sei, dass dort seltene Vögel leben und ob sie bereit sei, die Eignungsflächen wieder zu streichen. Das Verfahren sei „sauber“ durchgeführt worden, konstatierte Minister Habeck. Die Abstände der Windmühlen zu den Brutnestern der unter Naturschutz stehenden Vogelarten seien gemäß der „artenrechtlichen Vorbehalte“ erfüllt worden. Zudem könne die Entscheidung aus rechtlichen Gründen nicht mehr rückgängig gemacht werden.

Für die Piraten stellten Sven Krumbek und Patrick Breyer die Fragen. ■

allem im Bereich der Ostseebäder Timmendorfer Strand und Scharbeutz raten Lärm-Gutachter zu einer Verlegung, um die Lärmbelastung der Bürger in Grenzen zu halten. Außerdem soll die Landesregierung die Erweiterung der Fehmarnsund-Brücke als „vordringliches“ Projekt für den Bundesverkehrswegeplan anmelden, lautet eine weitere Forderung der Liberalen. (Drs. 18/350)

Berichtsanhträge

Auf Antrag der Nord-Ampel wird die Landesregierung bis zum Juni einen Bericht vorlegen, der darüber Aufschluss geben soll, was in den Kommunen zur **Situation von Menschen mit Migrationshintergrund** getan wird (Drs. 18/372neu). Bereits im Februar will der Landtag einen von der CDU geforderten Bericht über die Situation der **Tagespflege** im Land auf dem Tisch haben (Drs. 18/387), und auf Antrag von SPD, Grünen und SSW wird die Landesregierung ebenfalls im Februar eine Stellungnahme zum **Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission** 2013 vorlegen. Schwerpunkt soll die Energie- und Klimapolitik sein (Drs. 18/357). ■

Ausschuss sucht Rezepte gegen Stundenausfall

Online-Datenbank auf dem Prüfstand

Viele Schüler freuen sich, wenn ihr Unterricht ausfällt. Die Eltern dagegen ärgern sich in der Regel, und die Politik sucht schon seit langem nach Gegenmitteln. Das Thema Unterrichtsausfall stand Anfang Januar erneut auf der Tagesordnung des Bildungsausschusses. Ein Fazit der Diskussion: Einfache Lösungen gibt es nicht.

Die Zahlen des Bildungsministeriums sind auf den ersten Blick wenig dramatisch. Laut dem aktuellen Bericht zur Unterrichtssituation sind im vergangenen Schuljahr lediglich 2,09 Prozent der geplanten Stunden ausgefallen. Der Landesrechnungshof (LRH) geht jedoch an den Gymnasien von bis zu zehn Prozent Fehlzeiten aus. Vor diesem Hintergrund rief die CDU-Abgeordnete Heike Franzen in der Ausschusssitzung dazu auf, „erst einmal zu definieren, was Unterrichtsausfall eigentlich ist“.

Der LRH, dessen Experten dem Bildungsausschuss Rede und Antwort standen, zählt zum Beispiel auch Vertretungsstunden als ausgefallen, wenn der geplante Fachunterricht nicht stattfindet – etwa wenn der Mathe-Lehrer in der Französisch-Stunde einspringt. Gegen diese strenge Messlatte äußerte Kai Vogel (SPD) Bedenken. Auch wenn die angesetzte Stunde nicht stattfindet, werde die Zeit oft pädagogisch sinnvoll genutzt, so Vogel, beispielsweise zur Berufsorientierung, für Exkursionen oder für „Bastelstunden vor der Weihnachtsfeier“.

Im Ausschuss wurde zudem die Frage erörtert, wie die Ausfallstunden besser als bisher statistisch erfasst werden können. Denn: Die schleswig-holsteinische Online-Datenbank ODIS, in der die Schulen ihre Ausfälle eintragen, steht schwer in der Kritik. ODIS verzeichnet zwar den Unterrichtsausfall, aber eben nicht den „Fachausfall“, wie Ulrich Eggeiling vom LRH monierte. Er mahnte ein gemeinsames „Landesnetz Bildung“ mit einem „elektronischen Klassenbuch“ an, denn eine landesweit einheitliche Software für alle Schulen gibt es zurzeit nicht.

Das liege auch am Konnexitätsprinzip in der Landesverfassung, so die Ausschussvorsitzende Anke Erdmann (Grüne): Wenn das Land den Kommunen als Schulträger ein spezielles Computer-Programm vorschreibe, müsse es auch die Kosten tragen. Hier schlug Uli König von den Piraten als Lösung eine gebührenfreie Open-Source-Software im Internet vor.

Regina Kasten vom LRH rief die Schulen auf, den „vorhersehbaren“ Ausfall herunterzufahren: Fortbildungen oder Konferenzen könnten auch



Kein Unterricht: In Schleswig-Holstein sind die Gymnasien mit mehr als drei Prozent Ausfall überdurchschnittlich betroffen – laut Landesrechnungshof vor allem in den Klassen 10 und 11

am Nachmittag stattfinden, und während der mündlichen Abi-Prüfungen müsse man nicht allen anderen Schülern drei Tage frei geben. Diese Vorschläge unterstützte Jette Waldinger-Thiering (SSW) mit Blick auf das dänische Schulsystem: Dort gebe es grundsätzlich keine Konferenzen in der Schulzeit – „und auch kein Hitzefrei“. Bildungsstaatssekretär Dirk Loßack warnte indes vor einer Straffung des mündlichen Abis. Wenn die Schule ihre Prüfungen auf zwei Tage konzentriere, würden die Examen bis in die Abendstunden dauern, so Loßack.

Das Thema hatte das Plenum zuletzt im Dezember beschäftigt (*s. Landtagszeitung 09/12*). Nun soll die Debatte Ende Januar im Ministerium fortgesetzt werden. ■

Treffen im Landeshaus:

Zum 50. Mal Friesen-Gremium

Goldenes Jubiläum: Das Friesen-Gremium ist im Dezember zum 50. Mal zusammengekommen, um die Anliegen der friesischen Volksgruppe zu besprechen.

Seit 1989 treffen sich Politiker aus Landtag, Regierung und Bundestag in der Regel zweimal im Jahr mit Vertretern friesischer Einrichtungen wie dem Friesenrat, dem Nordfriesischen Verein, der Friisk Foriining oder dem Nordfriisk Instituut. Der Landtag hatte die Gesprächsrunde Ende der 80er Jahre einstimmig ins Leben gerufen, um „die friesische Sprache, Bildung und Kultur zu pflegen und zu fördern“, wie es im Parlamentsbeschluss hieß. Hintergrund: Nur rund 10.000 Menschen an der

schleswig-holsteinischen Westküste sprechen noch einen der verschiedenen friesischen Dialekte.

Zum runden Jubiläum zog Landtagspräsident Klaus Schlie in Kiel ein positives Fazit: „Über die Jahre fand eine außerordentlich konstruktive, freundschaftliche und deshalb auch erfolgreiche Arbeit statt“, sagte Schlie, der als Parlamentsoberhaupt auch dem Friesen-Gremium vorsteht. Auf der Tagesordnung stand unter anderem die Rolle des Friesischen an den Unis Kiel und Flensburg, die Förderung des Friesisch-Unterrichts im Bildungskonzept der Landesregierung und der Friisk Funk – ein friesischsprachiges Radioprogramm, das seit 2010 von Föhr aus über die Wellen des Offenen Kanals gesendet wird. ■

Schriftsätze öffentlich?

Der Schriftverkehr zwischen dem Landtag und den Verfassungsgerichten könnte der Öffentlichkeit künftig im Internet zur Einsicht bereitgestellt werden.

Der Innen- und Rechtsausschuss hat den Ältestenrat gebeten, zu prüfen, ob gerichtliche Schreiben an den Landtag samt Anlagen in Zukunft veröffentlicht werden können. Grundsätzliche rechtliche Bedenken hiergegen gebe es nicht, so die Mehrheit von SPD, Grünen, Piraten und SSW. Die Piraten hatten die Frage der Transparenz gerichtlicher Schriftsätze auf die Tagesordnung gesetzt und darauf verwiesen, dass der nordrhein-westfälische Landtag bereits einen ähnlichen Beschluss gefasst habe. CDU und FDP stimmten gegen den Vorstoß. ■



Ohne Anmeldung in den Landtag

Auch im neuen Jahr lädt das Referat für Öffentlichkeitsarbeit interessierte Bürger wieder zum Offenen Besucherabend ins Landeshaus ein. An insgesamt 13 Montagen stehen der Plenarsaal sowie weitere zentrale Bereiche des historischen Gebäudes den Gästen offen. Zu dem Jahresprogramm zählen auch vier Führungen auf Plattdeutsch, die der Schleswig-Holsteinische Heimatbund anbietet. Das Programm dauert gut eine Stunde und beginnt jeweils um 18 Uhr. Voranmeldungen sind nicht erforderlich. Nur ihren Personalausweis sollten Gäste dabei haben.

Die Termine 2013: 28. Januar; 25. Februar; 4. März (op Platt); 25. März; 27. Mai; 3. Juni (op Platt); 24. Juni; 26. August; 2. September (op Platt); 30. September; 28. Oktober; 25. November; 2. Dezember (op Platt). ■

Neue Broschüre in vier Sprachen

State Parliament of Schleswig-Holstein, "Landdagen Slesvig-Holsten", "Landdag Slesvig-Holsteen", "E Loondäi Slaswik-Holstiinj": Die Landtagsverwaltung hat die fremdsprachigen Broschüren über die Zusammensetzung und Arbeit des Schleswig-Holsteinischen Landtages überarbeitet und neu aufgelegt. Frisch aus der Druckpresse kommend sind ab sofort Faltblätter in Englisch, Dänisch, Niederdeutsch und Friesisch erhältlich. Wie die deutschsprachigen Broschüren sind sie mit zahlreichen Grafiken gestaltet.

Die Broschüren liegen im Landeshaus aus, sie können aber auch kostenfrei bestellt werden: Telefon 0431/988-1163 oder per Mail: bestellungen@landtag.ltsh.de oder direkt über das Internet: www.sh-landtag.de (Rubrik: Service/Publikationen bestellen) ■

E-Mail-Abonnementdienst noch schneller / RSS-Feed neu im Angebot

Die Landtagsverwaltung hat ihren E-Mail-Abonnementdienst verbessert und einen RSS-Feed für Parlamentsdokumente neu eingeführt. Über das kostenfreie E-Mail-Abonnement bekommen alle Interessenten nun stündlich die neuesten Drucksachen und Umdrucke zuge-

sandt. Nutzer von RSS-Feeds können sich künftig die Parlamentsdokumente direkter zuschicken lassen. Mit diesem Datenformat holen sich die Computer vollautomatisch die Informationen direkt vom Landtags-Informationssystem. Zu den Parlamentsdokumenten gehören zum

Beispiel der Wortlaut neuer Gesetze, Vorlagen für die Ausschüsse und Tagesordnungen für die Landtagssitzungen.

An dem "Preseticker", der alle Mitteilungen des Landtages und der Fraktionen aktuell verschickt, hat sich nichts geändert.

Die Informationsdienste können über folgenden Link im Landtagsangebot "Parla-Feed" abonniert werden: www.ltsh.de/abos/parlafeed.html ■

Buchtipp

Sönke Zankel Skandale in Schleswig-Holstein

Beiträge zum Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten, Kiel 2012, 242 Seiten, 3,00 Euro

Junge Leute auf den Spuren alter „Skandale“, so schreibt es das "Hamburger Abendblatt" zu diesem Buch – und zwar in ihrer Freizeit, müsste man ergänzen. Der Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten ist seit Jahrzehnten zu einer festen Einrichtung der Hobby- und Nachwuchshistoriker geworden, die noch die Schulbank drücken. 2010 stand er unter dem Motto „Ärgernis, Aufsehen, Empörung: Skandale in der Geschichte“.

Schüler des Otto-Hahn-Gymnasiums in Geesthacht, des Wolfgang-Borchert-Gymnasiums in Halstenbek und des Ludwig-Meyn-Gymnasiums in Uetersen hat dies zu fünf fulmi-

Die Landeszentrale für politische Bildung bietet mehrere hundert Bücher und Zeitschriften zu den Themen Politik, Geschichte und Gesellschaft an – kostengünstig oder gratis. In lockerer Reihe präsentiert die Landtagszeitung einige dieser Publikationen als Buchtipp. Das komplette Angebot steht im Internet: www.politische-bildung-sh.de

nanten Recherchen veranlasst, die dank der Förderung der Hamburger Körber-Stiftung und der schleswig-holsteinischen Landeszentrale für politische Bildung jetzt in broschierter Buchform erschienen sind.

Annette Wiese-Krukowska, die Leiterin der Landeszentrale, schreibt eingangs von der „selbstreinigenden Wirkung für das demokratische System“ durch die konsequente Aufarbeitung von Skandalen. Genau dieses ist hier geschehen. Behandelt werden die Fälle der Euthanasie-Ärzte Werner Heyde und Kurt Borm, der Pastoren-Skandal in Rellingen von 1978 – 1980 und (auf sechzig Seiten) die NS-Vergangenheit schleswig-holsteinischer Landtagsabgeordneter. Zweifelsohne herausragend

und bundesweit mit dem ersten Platz bedacht ist der Beitrag der 13a des Otto-Hahn-Gymnasiums über ihren ehemaligen Schülersprecher Uwe Barschel, der 1963 den Großadmiral a. D. Karl Dönitz zu einer „Fragestunde“ in die Aula des Hauses einlädt.

Die Wellen schlagen hoch, bis hin zur Pariser Tageszeitung "Le Monde". Der Kieler Historiker Karl Dietrich Erdmann wird nach Geesthacht gebeten, wo er die „falsche Anwendung“ des militärischen Gehorsambegriffs durch Dönitz konstatiert. Und der Schulleiter fühlt sich derart verantwortlich, dass er am 10. Februar 1963 den Freitod in der eiskalten Elbe sucht. Jüngste Zeit und Landesgeschichte, spannend und hautnah.

Klaus Kellmann

Der Landtag trauert

Mit Trauer wurden im Landeshaus die Todesnachrichten von drei ehemaligen Landespolitikern aufgenommen. Am 25. November beziehungsweise 22. Dezember waren mit Dieter Claußen und Heinz-Wilhelm Fölster zwei ehemalige CDU-Landtagsabgeordnete verstorben, und am 25. Dezember traf die Nachricht vom Tod des bis Oktober 2011 amtierenden Flüchtlingsbeauftragten des Landes, Wulf Jöhnk, ein.



Dieter Claußen, der 76 Jahre alt wurde, gehörte dem Landtag von 1987 bis 1992 an. Hier wirkte der Gas- und Wasserinstallateur vor

allem im Wirtschaftsausschuss sowie im damaligen Eingabenausschuss mit. Überdies war er in der 12. Wahlperiode Mitglied des Sonderausschusses "Verfassungs- und Parlamentsreform". „Ganz gleich, ob als Gemeindevertreter von 1974 bis zu seiner Wahl in den Landtag 1987, als stellvertretender Amtsvorsteher oder als Parlamentarier: Dieter Claußen sah es immer als seine selbstverständliche Pflicht an, sich an der Suche nach den besten Lösungen zu beteiligen“, würdigte Landtagspräsident Klaus Schlie den Verstorbenen, der seinem Geburtsort Lunden (Kreis Dithmarschen) zeitlebens fest verbunden war.

Heinz-Wilhelm Fölster verstarb im Alter von 87 Jahren. Er gehörte dem Landtag über 20 Jahre an (1967 bis 1988), wo er sich vor allem in der Landwirtschafts-, der Sozial- und der Jugendpolitik einbrachte. Von 1972 bis 1982 war er überdies Parlamentarischer Vertreter des Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Die Liebe zur Natur und zu seiner Heimat prägte den im Kreis Steinburg geborenen Landwirtschaftsmeister „in ganz eigener Weise“, erinnert sich Landtagspräsident Schlie. Fölster, der entscheidend zur Gründung der Gemeinde Aukrug im Jahre 1970 beigetragen hatte, erwarb sich insbesondere für seine 15-jährige Mitgliedschaft im Vorstand des Bauernverbandes Schleswig-Holstein bleibende Verdienste: 1983 wurde er mit dem Verdienstkreuz 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik ausgezeichnet.



Wulf Jöhnk war 74-jährig unerwartet verstorben. Der ehemalige Beauftragte für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen des



Landes Schleswig-Holstein „hat als unbequemer Mahner auch mit unkonventionellen Mitteln immer versucht, das schwere Los vieler Flüchtlinge zu erleichtern“, würdigte Landtagspräsident Schlie Jöhnks engagierte Arbeit. Der Sozialdemokrat hatte sich rund sieben Jahre lang ehrenamtlich auch der schwierigsten Asyl- oder Flüchtlingsfälle angenommen. Oft deutlich vernehmbarer als andere, so Schlie, habe sich Jöhnk über Ungerechtigkeit und Intoleranz, gesellschaftliche Benachteiligung und Diskriminierung empört. Das Ehrenamt beim Landtag hatte der Jurist nach seiner Pensionierung im Jahr 2005 angenommen und sich bis Oktober 2011 für Migranten und Flüchtlinge in Not engagiert. Dabei kam Jöhnk seine große Erfahrung als Verwaltungsrichter und späterer Präsident des Oberverwaltungsgerichtes in Schleswig (1991 bis 1996) sowie seine Tätigkeit als Staatssekretär im Justizministerium (1996 bis 2003) zugute.

Referat in der Islam-Reihe

Die Professorin an der Hochschule Niederrhein, Beate Küpper, stellt am Dienstag, dem 19. Februar, im Landtag die Studie "Deutsche Zustände – Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit als gesellschaftliches Querschnittsphänomen" vor.

Küpper, die um 19:00 Uhr im Rahmen der vom Flüchtlingsrat initiierten "Islam-Veranstaltungsreihe" in Kiel gastiert, hat an der auf zehn Jahre angelegten Langzeitstudie der Universität Bielefeld zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit mitgearbeitet. Sie referiert die Ergebnisse der Studie und führt aus, wie sich xenophobes, insbesondere islamfeindliches und rechtsextremistisches Gedankengut in verschiedenen sozialen Gruppen und gesellschaftlichen Schichten in Deutschland etabliert.

Nähere Informationen zu der Veranstaltungsreihe: www.politische-bildung-sh.de; **Anmeldungen per Mail:** monika.butler@landtag.ltsh.de ■

Gedenktag in Rendsburg

In Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung und der Stiftung Landesmuseen Schloss Gottorf gedenkt der Landtag am Sonntag, dem 27. Januar, im Bürgersaal des Arsenal von Rendsburg der Opfer des Nationalsozialismus.

Die Gedenkveranstaltung beginnt um 12:00 Uhr; unter anderem wird Landtagspräsident Klaus Schlie ein Grußwort sprechen. Anschließend werden Auschnitte des NDR-Films "Auf das Leben! Jüdisch in Deutschland" gezeigt. Die Autorin Gesine Enwaldt wird die Beiträge kommentieren. Gegen 13:45 Uhr ist eine Kranzniederlegung am Jüdischen Museum geplant.

Das komplette Programm steht im Internet unter www.politische-bildung-sh.de (Rubrik "Veranstaltungen"). Anmeldungen bis spätestens 25. Januar erforderlich; per Mail unter: anmeldung@landtag.ltsh.de oder per Fax: 0431/988-1119 ■

Impressum

Herausgeber:

Der Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Redaktion:

Referat für Öffentlichkeitsarbeit, Postfach 7121, 24171 Kiel
Annette Wiese-Krukowska (verantwortlich),
Tel.: 0431/988-1116, E-Mail: awk@landtag.ltsh.de
Detlef Ziep, Tel.: 0431/988-1527,
E-Mail: detlef.ziep@landtag.ltsh.de
Karsten Blaas, Tel.: 0431/988-1125,
E-Mail: karsten.blaas@landtag.ltsh.de

Fotos: Archiv Schleswig-Holsteinischer Landtag, M. August, K. Blaas, T. Eisenkrätzer, Freilichtmuseum Molfsee (S. 11), Landesarchiv Schleswig (S. 15/3 Fotos), pixelio.de/ G. Altmann (S. 13), R. Simon, D. Ziep

Satz, Grafik und Druck:

Schmidt & Klaunig, Medienhaus Kiel, Ringstr. 19, 24114 Kiel

Bezug der Landtagszeitung:

(Abonnement u. Versand kostenfrei)

Landtag Schleswig-Holstein, Öffentlichkeitsarbeit, L308, Postfach 7121, 24171 Kiel oder Telefon: 0431/988-1163 (Fax: 988-1119) o. E-Mail: bestellungen@landtag.ltsh.de

Die Zeitung erscheint zehnmal jährlich, jeweils wenige Tage vor jeder Plenartagung. Sie wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Der Landtag im Internet:

www.sh-landtag.de



Nr. 1/2013 C 2086

Falls Empfänger-Anschrift nicht mehr zu-
treffend, bitte diesen Abschnitt abtrennen
und korrigiert **zurücksenden an:**
Schleswig-Holsteinischer Landtag,
Referat für Öffentlichkeitsarbeit,
L308, Postfach 7121, 24171 Kiel



Stimmen zu plenum-online:

„Eure gelungene, handliche und informative Plenum-Site begeistert mich: Klasse Seite und Quelle für unser tägliches Arbeiten.“ (Michael Ott)

„Seit ich Eure Seite besuche, weiß ich, dass man das Internet auch in der Praxis so anbieten kann, wie es theoretisch funktionieren sollte.“ (Carlo E. Posselt)

„Schleswig-Holstein leistet hier mit dem Magazin plenum-online vorbildliche Arbeit“ (aus einer Studie des Portals politik-digital.de)

„Als Mitarbeiter eines Bundestagsabgeordneten würde ich mir wünschen, dass diese Form der topaktuellen Berichterstattung auch auf den Seiten des Deutschen Bundestages zu finden wäre.“ (Ole Gerecke)

„Plenum-online ist ein guter Beitrag, um die aktuellen politischen Themen unseres Landes auch jungen Menschen und politisch interessierten Bürgerinnen und Bürgern schnell zu verdeutlichen.“ (Berndt Steincke, ex-MdL)

„Mit der freundlichen Farbgestaltung blau-weiß-rot bleibt die Online-Zeitung erkennbar in Schleswig-Holstein und mit den Themen so direkt im Landtag wie sonst kein Medium.“ (Magret Bonin)

10 Jahre plenum-online: 100 Plenartagungen live im Netz

Mit der kommenden Januar-Ausgabe feiert **plenum-online** Jubiläum. Exakt vor zehn Jahren ging die Internetzeitung des Schleswig-Holsteinischen Landtages erstmals ins Netz.

Und sie ist damals wie heute, auch nach **100 Ausgaben**, bundesweit **einzigartig in ihrer Struktur** und ihrem Informationsgehalt rund um das **Plenargeschehen**.

Einzigartig heißt: Abseits von einem reinen "Datei-Management" informiert **plenum-online** "live" über alle Themen aus dem Plenarsaal. Im Ergebnis ist bereits etwa eine Stunde nach jedem Tagesordnungspunkt eine runde Zusammenfassung über die jeweilige Debatte im Netz – unter anderem mit den Positionen der Fraktionen, wissenschaftlichen Erläuterungen zum Thema und natürlich dem Ergebnis (Abstimmung in der Sache, Ausschuss-Überweisung etc.).

Doch schon bereits vor Auf-
ruf des ersten Tagesordnungs-
punktes lohnt sich ein Blick in **plenum-online**. Die Internetzeitung erscheint bereits am Vortag des ersten Sitzungstages, unter anderem mit einer aktuellen Reihenfolge der Beratung, einer thematisch geordneten Übersicht und direkten Verlinkungen zu den jeweiligen Drucksachen. Das Besondere aber ist, dass bereits zu jeder geplanten Aussprache ein Hintergrundartikel eingestellt ist, der das Thema allgemeinverständlich erläutert,

die Vorgeschichte beleuchtet und es so erleichtert, die Debatte zu verfolgen.

Weitere Schwerpunkte sind unter anderem ein stets aktueller Zeitplan, die Verlinkung zu jedem noch so kurz vor der Beratung vorgelegten, thematisch zugeordneten Änderungsantrag oder ein "ABC" der wichtigsten Plenarbegriffe. Kurzum: In **plenum-online** sind komprimiert alle wesentlichen Informationen rund um die jeweilige Plenartagung zusammengefasst und übersichtlich strukturiert, was letztendlich auch sein eigenständiges Format erklärt. Deswegen wird die Internetzeitung auch

nur während der Plenartagungen erstellt und aktualisiert, und ist somit eine Ergänzung zu dem Stammangebot des Landtages im Internet: www.sh-landtag.de. Von der dortigen Startseite ist **plenum-online** abrufbar. Die Jubiläums-Ausgabe geht am 22. Januar gegen 16:00 Uhr ins Netz. ■

Sie kennen plenum-online noch nicht?

Einige Beispiele, warum es sich lohnt, hineinzuschupfern



Hintergrund: Zu jedem Tagesordnungspunkt mit Aussprache gibt es bereits am Vortag einer jeden Tagung allgemeinverständliche Informationen zum besseren Verständnis des Debattenthemas



Thematische Ordnung: Auf einen Blick sind in der Rubrik "Themen" die Interessenschwerpunkte ersichtlich – das heißt, zu welchem Fachgebiet ein Debattenthema zuzuordnen ist



Zeitplan: Während der Sitzung wird der Zeitplan gegebenenfalls mehrmals stündlich aktualisiert und abgesetzte Themen oder spontane Aufrufe ohne Aussprache vermerkt



Vorlagen: Auf jeder Themenseite werden aktuell eintreffende Anträge mit Hinweis auf die Verfasser oder die Beschlussfassungen der Ausschüsse eingefügt und verlinkt